

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5346. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die vierspaltige Preitzelle oder davon Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Veranzeligen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Was ist und was bedeutet »Versicherung? Rundschau. Soziale Monatsschau. Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912, I. Enttredung der Versicherten in den Betriebskrankenkassen. — **Allgemeines:** Zur Pflingsttagung des Deutschen Faktorenbundes. Zur Generalversammlung, II. Das Jubiläum unseres Blattes im Spiegel der Presse. Ortsberichte: Dortmund, Schwenningen i. W. — **Der Steindrucker:** Zur Hilfsarbeiterfrage. — **Feuilleton:** Die Gedanken. Grundgedanken der Schulreform. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Achtung, Chemigraphen!
In Lyon-Frankreich stehen die Kollegen in einer Lohnbewegung und bitten wir Zuzug fernzuhalten.
Der Hauptvorstand.

Achtung, Lithographen und Steindrucker!
In St. Petersburg Rußland stehen die Kollegen wegen Arbeitszeitverkürzung in einer Lohnbewegung und bitten wir auch hier den Zuzug fernzuhalten.
Der Hauptvorstand.

Was ist und was bedeutet „Versicherung“?

Nachdem anscheinend die privaten Versicherungsgesellschaften und die schleunigst ins »Leben« gerufenen patriotischen Gründungen sich notdürftig soweit vorbereitet haben, daß sie ihren Betrieb gleichzeitig mit der von den deutschen Gewerk- und Genossenschaften geplanten »Volksfürsorge« beginnen können, hat die Regierung — oder formell das Aufsichtsamt für Privatversicherung die Prüfung des Volksfürsorgeplanes »zufällig« gerade soweit gefördert, daß sie dem Gesuch der Gewerkschaften stattgeben konnte. Nun werden die privaten Versicherungsgesellschaften in verstärktem Maße auf die arme Bevölkerung losgelassen werden und mit noch größerer Zungenfertigkeit den armen Dienstmädchen, die bisher noch nicht in das Garn der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften gegangen sind, die »Versicherung« aufschwätzen, zur Not auch mit der Lüge und der Vorspiegelung, als handele es sich bei ihnen um die Volksfürsorge.

Bis dato haben die Versicherungsgesellschaften sich um das »Volk« nur insofern gekümmert, daß sie es als willkommenes Ausbeutungsobjekt betrachteten. Denn die Volksversicherungen mit den monatlichen und wöchentlichen Prämien spekulieren ja hauptsächlich darauf, daß sie eingegangen und nach einigen Jahren wieder aufgegeben werden, da dem Versicherten eben leicht und leider zumeist die Puste oder die Geduld ausgeht. Dann »verfällt« die ganze gezahlte Summe, und das ist für die Gesellschaften ein glänzendes Geschäft. Die »Versicherten« bekommen dabei also so gut wie nichts heraus, denn diejenigen, die durchhalten, kann man fast an den Fingern herzählen. Schon der Umstand, daß die Versicherungsgesellschaften, denen bisher das Feld ganz allein überlassen war, nunmehr ihr gutes Herz entdecken und meinen, eine »Volksversicherung« einrichten zu müssen beweist, daß sie bisher eine solche nicht hatten! Es ist daher klar und durchsichtig, weshalb sie jetzt plötzlich herausfinden, daß

sie den »Versicherten« nicht *bloß* das Fell über die Ohren ziehen könnten, daß sie für diese etwas tun, daß sie sie zur Not sogar wirklich versichern müßten!

Die Konzessionierung der »Volksfürsorge« und ihre Geschichte ist zwar an sich so interessant, daß sie allein der gründlichen Betrachtung wert wäre. Wir wollen das hier aber außer Betracht lassen und uns vielmehr mit der Frage beschäftigen, was denn eigentlich eine Versicherung ist, worauf sie beruht, welche Funktionen sie erfüllt und inwiefern sie eine segensreiche Einrichtung sein kann.

Auch die alten Völker haben gewissermaßen ihre »Versicherung« gehabt. Allerdings sah die sehr primitiv aus. Sie wollten den Schaden, der ihnen zustoßen konnte, dadurch abwenden, daß sie sich die Götter gewillt machten, sie brachten zu dem Ende »Opfer«, opferten also einen Teil ihrer Habe, um von dem Ganzen die Schäden abzuwenden. Und eigentlich sind auch alle Vorbeugemaßregeln, wie z. B. die Anbringung von Blitzableitern, die Herstellung von Dämmen und Deichen Versicherungen. Aber sie tragen doch einen ganz anderen Charakter als die Maßnahmen, die wir heute als »Versicherung« bezeichnen. Denn jene Opfer und Vorbeugemaßregeln sind nicht unbedingt wirksam, sie sind sogar wie im Falle des Gottesopfers selbst für die Gläubigen von sehr fragwürdiger Natur. Die richtige Versicherung will die Opfer nicht ziel- und zwecklos bringen, sondern sich durch sie einen Anspruch auf Schadloshaltung erwerben.

Die Idee der Versicherung bedingt, daß nicht der Einzelne sie einrichtet, der sie grade braucht, sondern daß er sich mit anderen, die in der gleichen Lage sind, zusammen tut und Opfer und Verluste brüderlich teilt, ganz gleich, ob er von ihnen betroffen wird oder nicht. Man hat das schon früh begriffen und demgemäß Versicherungen eingerichtet.

Bei der Betrachtung der möglichen Versicherungsarten muß man nun zwischen den Fällen scheidern, bei denen ein Schaden oder ein Ereignis, gegen das man sich versichert, früher oder später unfehlbar eintreten muß, und solchen, bei denen ein Schaden eintreten kann, es aber nicht unbedingt braucht. Ein Brand kann jeden betreffen, er braucht es aber nicht, der Tod jedoch trifft jeden einmal. Und wenn sich jemand dagegen oder gegen unerwünschte Folgen versichert, so müssen die Grundlagen dieser Versicherungen naturgemäß ganz verschiedenartig sein. In jedem Falle hat die Versicherung das Gute, daß man eintretende Verluste nicht auf einen Schlag zu ertragen braucht, sondern daß man sie durch die Versicherung in Teilverluste zerlegt, die man von vornherein drangibt. Wer das Glück hat, von dem Brandverlust verschont zu bleiben, hat seine Beiträge umsonst gezahlt. Wirklich umsonst? Insofern, als er nichts wieder herausbekommt, natürlich! Aber ebenso gut wie seinen Nachbar konnte ihn der Brandschaden treffen, und dann wäre er ohne Versicherung ruiniert gewesen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß alle Versicherten, besonders wenn ihr Kreis recht groß ist, zugleich von einem Blitz- oder

Brandschaden betroffen werden. Das wird sogar umso weniger zu befürchten sein, je größer der Bezirk ist, auf den sich die Versicherten verteilen, und je größer die Zahl der Versicherten selbst ist. Das ist auch aus einem anderen Grunde sehr wichtig. Denn die Verwaltungskosten verringern sich naturgemäß, wenn sich recht viele zusammenschließen. Die Verwaltungsarbeit ist im Allgemeinen bei 50000 Versicherten nicht doppelt so groß wie bei 25000, sondern viel geringer, sodaß an den Verwaltungskosten, die ja natürlich auch von den Versicherten getragen werden, gespart wird.

Die Versicherung beruht auf der Tatsache, daß alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens, wie auch die Naturerscheinungen, mit einer gewissen Regelmäßigkeit erfolgen. Das ist ja bekannt. Die Geburtenzahl im Deutschen Reich wechselt nicht so sprunghaft, daß in einem Jahre nur ein Viertel soviele Menschen geboren werden wie im vorangegangenen, sondern die Zahlen sind sich alle Jahre annähernd gleich. So ist es auch bei den Sterbefällen, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse wie große Seuchen, Krieg, große Katastrophen wie das Erdbeben von Messina u. dergl. eintreten. Man weiß daher von vornherein, wieviel Menschen im nächsten Jahre etwa sterben werden. Diese Regelmäßigkeit in den Erscheinungen des Gesellschaftslebens zeigt sich auch noch in viel kleineren Gruppen. Auch in einer Bevölkerungsmasse von 100000 Personen ist sie noch zu beobachten, während schon bei 100 Personen die zufälligen Vorkommnisse zu stark in den Vordergrund treten und das allgemeine Bild trüben. Schließen sich also 100000 Personen zu einer Lebensversicherung zusammen, so weiß man vorher, wieviele davon in den einzelnen folgenden Jahren sterben werden. Natürlich nicht genau, aber doch so genau, daß man vor unangenehmen Überraschungen geschützt ist. Man ist daher in der Lage, vorher die Höhe der Kostenbeiträge festzusetzen. Die Kostenbeiträge heißen die »Prämien«. Sie begreifen in sich alle entstehenden Kosten und bei den Versicherungsunternehmungen auch die Gewinne, die die Aktionäre bekommen. Bei den genossenschaftlichen Versicherungen fließen die Gewinne, die aus den zu hoch angesetzten Prämien stammen, wieder in die Taschen der Versicherten zurück oder werden ihnen gutgeschrieben. Natürlich wird keine Versicherung alles zurückgeben, denn es ist ja notwendig, für unvorhergesehene Fälle einen Reservefonds anzusammeln, aus dem im Notfall Zuschüsse entnommen werden können. Diese Reservefonds sind auch gesetzlich vorgeschrieben.

Da die Gewinne der Versicherungsunternehmen umso größer werden, je umfangreicher der Kreis der angeschlossenen Versicherungsnehmer ist, entfallen die Gesellschaften eine erhebliche Propaganda, die sehr teuer ist. Sie zahlen ihren höheren Beamten und den Agenten gehörige Anteile an jeder Versicherung. Bei mandchen Versicherungsformen erreichen diese Provisionen die Hälfte der von den Versicherten gezahlten Summe! Da die Gesellschaften außerdem aber noch sehr hohe Dividenden zahlen

(10 bis 25% und mehr!), so kann sich jeder ausrechnen, was von seinen Prämien für ihn selbst verbleibt. Für den eigentlichen Zweck der Versicherung bleibt also nur ein kleiner Bruchteil übrig, das andere ist für den Versicherten alles unproduktiv und überflüssig. In Wirklichkeit ist solche Versicherungsanstalt eine glänzende Versicherung, aber nicht der Versicherten, sondern der Aktionäre! So weist also nicht bloß die gemeinnützige Natur der Versicherung, sondern auch die Praxis der Geschäftsführung darauf hin, daß die Verwaltung von den sich Versichernden selbst geführt, oder wenigstens durch eigene Beamte ausgeführt wird. Es ist also eine der vornehmsten Aufgaben der Genossenschaften, sich dieser wichtigen Tätigkeit zuzuwenden. In der Tat gibt es auch eine große Reihe solcher Versicherungen. Aber in steigendem Maße hat sich das private Kapital der Versicherung bemächtigt und übt sie als ein einträgliches Geschäft. Daß dabei von diesen Privatunternehmungen auch für viele die Segnungen der Versicherung ausgehen, ist eine Beigabe, um derentwillen aber eine Erwerbsgesellschaft ihrer Natur nach nicht eine solche Aufgabe erfüllt. Für sie ist der Gewinngesichtspunkt allein maßgebend. Bei den genossenschaftlich organisierten Versicherungen ist das nicht der Fall; sie bestehen nicht um des Gewinnes willen, sondern allein und ausschließlich wegen der Versicherung ihrer Mitglieder, also wirklich wegen des Zweckes. Sie schützen ihre Mitglieder — soweit das im Rahmen der menschlichen Gesellschaft und nach den der Genossenschaft gesteckten Grenzen überhaupt möglich ist — vor Zufälligkeiten, die so mannigfaltig das Leben und die wirtschaftliche Existenz des Einzelnen bedrohen. Hier kann der Genossenschaftsgedanke eine seiner schönsten Blüten zeitigen, das Eintreten jedes für alle und aller für jeden!

Aus dem Umstande, daß jemand, der nur wenige Jahre erst eine im Ganzen verhältnismäßig geringe Summe gesteuert hat, im Schadensfalle die ganze Versicherungssumme ausgezahlt erhält, schließen viele, daß sie bei der Einrichtung etwas geschenkt bekommen. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Sie bekommen nur deshalb mehr heraus, weil eben andere — und das ist die Mehrzahl — weniger bekommen. Was der eine zu wenig zahlt, müssen die anderen zu viel zahlen. Es ist daher auch völlig ungerechtfertigt, wenn jemand, der vorzeitig aus einem Versicherungsverhältnis austritt, seine Einzahlungen voll zurückverlangt. Das ist unmöglich, denn im Falle einer Lebensversicherung z. B. sind aus seinen Prämien ja schon außer den Verwaltungskosten die Summen gedeckt worden, die an die Erbsolger der zu früh Verstorbenen gezahlt werden mußten. Sein Verlangen widerspricht dem Versicherungsvertrag vollständig und er muß sich mit einer niedrigen Rate abfinden, die festzusetzen eine nicht von jedermann lösbare versicherungstechnische Aufgabe ist.

Es würde zu weit führen, alle die Formen der Versicherung auseinander zu setzen oder auch nur zu erwähnen. Schon die Lebensversicherung kann in der verschiedensten Gestalt auftreten, als einfache Lebensversicherung, als Rentenversicherung, und diese selbst wieder in bunter Weise. Das interessiert uns hier vorerst weniger. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, daß die segensreiche Einrichtung einer Versicherung am vorteilhaftesten durch genossenschaftliche Verbände mit Selbstversicherung geschieht, wie sie durch die Gewerkschaften in ihren Arbeitslosen- und anderen Unterstützungen teilweise ja schon verwirklicht ist. Bei der Volksfürsorge wird die Verwaltung dadurch noch besonders billig sich gestalten, weil die Propaganda ziemlich kostenlos sein wird, denn sie wird in den Konsumgenossenschaften, und den Gewerkschaften durch die Mitglieder selbst betrieben werden. Und diese Propaganda fleißig zu betreiben, dafür wird die Erkenntnis sorgen, daß, je größer der Kreis der Versicherten ist, umso verhältnismäßig geringer die

Verwaltungskosten und desto größer die Vorteile für die Versicherten selbst sein werden. Die Folgerungen, die sich daraus für die Agitation zur Beteiligung an der Volksfürsorge ergeben, wird nun jeder Leser selbst zu ziehen wissen!

Felix Linke.

Rundschau.

Nach Klimsch's Adressbuch der Druckereien des Deutschen Reiches, dessen neue Auflage kürzlich erschienen ist, ging die Zahl der Steindruckereien im Jahre 1912 von 907 auf 890 zurück. Auch die gemischten Betriebe, also die Buch- und Steindruckereien, zeigen eine Abnahme um 23. Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß annähernd ebensoviel Buchdruckereien den Steindruckerei-Nebenbetrieb eingestellt haben. Sie erscheinen im Zuwachs bei den Buchdruckereien, der im ganzen 112 beträgt. Die Ursachen für den Rückgang der Steindruckereien erblickt das Vorwort in der Krise, die die Branche zurzeit durchzumachen hat, und es knüpft hieran die Hoffnung, daß die an sich gewiß nicht unerfreuliche Tatsache das Zeldien eines Gesundungsprozesses sei, indem schwache Betriebe aus dem Wettbewerb verschwinden, den sie oft erheblich erschwert haben. — Eine Gegenüberstellung der Zahl der deutschen Druckereien in den letzten beiden Jahren zeigt folgendes Bild:

Art der Betriebe:	1912	1913
Buchdruckereien	8045	8157
Buch- und Steindruckereien	1615	1592
Steindruckereien	907	890
Licht- und Kupferdruckereien	69	73
Insgesamt:	10636	10712

Aus den Handelskammerberichten 1912: Berlin. Was der Bericht der Handelskammer Berlin über das graphische Gewerbe sagt, haben wir in Nr. 22 der »Gr. Pr.« durch einen besonderen Artikel mitgeteilt. D. Red. — Gera (Reuß). Wenn man im allgemeinen davon spricht, daß sich nach überwundenen Geschäfts- oder Betriebsstörungen meist ein um so flotterer Geschäftsgang als ausgleichender Faktor bemerkbar macht, so kann dies bedauerlicherweise von der lithographischen Branche für das verflozene Geschäftsjahr nicht konstatiert werden. Diese Branche hat nach dem im Januar 1912 beendeten Streik durchaus keine steigende Tendenz gezeigt. Es mußten erhöhte Anstrengungen gemacht werden, um den Betrieb zufriedenstellend aufrecht zu erhalten, und da das Angebot feinerer Arbeiten ausgenommen — in keinem normalen Verhältnis zur Nachfrage steht, ist der Konkurrenzkampf noch fühlbarer geworden. Ganz besonders zeigt sich dies auf dem Exportmarkt. Hier sind mit wenig Ausnahmen die Preise so gedrückt, daß es nicht wunderzunehmen braucht, wenn bereits heute eine Anzahl lithographischer Anstalten sich freiwillig vom Exportgeschäft zurückziehen.

Der Arbeitsmarkt im April hat sich nach dem »Reichsarbeitsblatt« im Verhältnis zum Vormonate der Jahreszeit entsprechend etwas gebessert und gestaltet sich im allgemeinen ausreichend. Die Mehrzahl der aus der Industrie vorliegenden Berichte bezeichnet den Geschäftsgang als zufriedenstellend. Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen am 1. Mai in Arbeit stehenden Mitglieder übertraf diejenige des 1. April um 107368. Nach den Berichten der *Fachverbände* waren im April wie im März des Jahres 2,3 Proz. arbeitslos, gegen 1,7 Proz. im April 1912 und 1,6 Proz. im März 1912. Nach den Berichten der *Arbeitsnachweise* kamen im April 1913 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 160 Arbeitsgesuche gegen 168 im März 1913 und 150 im April 1912; bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Zahlen 96, 87 und 92. — In *graphischen Gewerbe Berlins* war der Beschäftigungsgrad für Stein- und Kupferdrucker ungünstig, noch schlechter für Lithographen und nur günstig für Chemigraphen.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« im April wie folgt:

Organisation	Mittl. Zahl am Monatsende	Arbeitslose am Monatsende	Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
			April 1913	April 1912	März 1913
Buchdrucker	67310	1246	1,8	1,6	3,4
Buchbinder	33979	953	3,5	3,0	2,7
Lithogr. u. Stndr.	16859	669	6,7	4,4	5,2
Druck- u. Hilfsarb.	15675	327	4,2	2,5	2,2
Notenstecher	445	—	—	—	—
Xylographen	420	16	4,6	4,9	5,3
Gutenbergbund.	3357	53	1,6	0,6	1,0
Christl. graph. Verband.	2436	30	7	1,6	1,1
			0,7		

Vom Beschäftigungsrückgang im Lithographiegewerbe kann man sich einen Begriff machen, wenn man die Ergebnisse einer Statistik, die unsere Berliner Lithographenfiliale am 5. Mai d. J. aufgenommen hat, betrachtet. Nach einer statistischen Aufnahme im Juni 1911 wurden damals in Berlin 652 Chromolithographen beschäftigt, nach der Aufnahme am 5. Mai 1913 nur noch 392. Das sind in knapp 2 Jahren 240 Gehilfen oder rund

40 Prozent weniger. Ähnlich so wie in Berlin dürften die Verhältnisse in anderen deutschen Druckorten liegen. Diesen riesigen Beschäftigungsrückgang hat die deutsche Kollegenschaft vornehmlich der Verordnungsstelle zu danken, die von der Regierung und den herrschenden Parteien durch die Zoll- und Steuerpolitik gegen unsern Beruf getrieben worden ist.

Der christliche Graphische Zentralverband hielt zu Pfingsten in Regensburg seine vierte Generalversammlung ab, auf der man endlich eingesehen zu haben scheint, daß für die christlichen Quertreiber und Zersplitterungs-taktiker in unserm Gewerbe nichts zu machen ist. So schloß der Nürnberger Delegierte »die immer größer werdenden Schwierigkeiten, mit denen im eigentlichen graphischen Gewerbe gerechnet müsse. An Massengewinnung in diesen Berufen sei nicht zu denken«. Darum müsse man »das Schwergewicht der Agitation auf die Buchbinder und Papierarbeiter legen«. Sonst waren die Verhandlungen analog der völligen Bedeutungslosigkeit des christlichen Verbändchens für unsere Kollegen ganz belanglos. — Die drei Berichtigungen, die uns zu dem Artikel »Vom christlichen Graphischen Zentralverband« in Nr. 19 der »Gr. Pr.« zugehen und die wir in den Nrn. 21 und 22 veröffentlichten, sind auch der »Buchbinderzeitung« zugegangen, der wir bekanntlich die tatsächlichen Angaben des Artikels entnommen haben. Die »Buchbinderzeitung« bemerkt zu der Berichtigung des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften in München, sie werde dazu zunächst einmal ihrem Gewährsmann das Wort lassen; im übrigen habe das Ortskartell wohl nur Irrtümer überlassen, anzugeben, aus welchen Personen der »Verein für soziale Wahlen«, der die Umfrage: »Welche Tageszeitungen lesen Sie?« veranstaltet, gebildet wurde. Von der Berichtigung des Gauleiters Wächter nimmt die »Buchbinderzeitung« Kenntnis mit der sehr richtigen Anmerkung, daß es wirklich recht nebensächlich zu sein scheint, ob diese oder jene Person in der fraglichen Versammlung anwesend war oder nicht. Die Berichtigung des Vorstandes des christlichen Verbändchens wird in der »Buchbinderzeitung« nicht veröffentlicht, da sie, wie wir ebenfalls betonten, etwas berichtigt, was ihr Unterzeichner aus eigener Anschauung gar nicht kennen kann. Ferner berichtigt sie, wie die »Buchbinderzeitung« hervorhebt, »beliebe nicht das, auf was es ankäme, daß es nämlich nicht wahr sei, daß die christliche Verbandsleitung zeitweise mehr denn 500 Mitglieder — bei einem Bestand von kaum 900 — zuviel angegeben habe. Nein, das berichtigt sie nicht, das kann sie nicht berichtigen, weil es Tatsache ist, wie auch die »Graph. Stimmen« in schamhafter Weise zugeben«. Damit dürfte wohl der »Berichtigungsfeldzug« des christlichen Verbändchens erledigt sein.

Mit der Gründung eines graphischen Industrieverbandes befassen sich auch einige der 179 Anträge, die der Verbandstag der Buchbinder im Juni dieses Jahres zu erledigen haben wird. Zu diesen Anträgen bemerkt der Vorstand des Buchbinderverbandes in seiner Stellungnahme zu dem gesamten Antragsmaterial in Nr. 23 der »Buchbinderzeitung«: »Nun wollen wir es aber endlich einmal genug sein lassen des grausamen Spiels und uns nicht mehr blöden und barmend an die anderen graphischen Organisationen um Schaffung eines Industrieverbandes wenden. Das macht keinen guten Eindruck, das haben wir auch gar nicht nötig und vor allen Dingen treffen solche Anträge unter den gegebenen Verhältnissen schwerstracks am gewollten Ziele vorbei. Wir haben oft genug unsere Bereitwilligkeit erklärt, warten wir ab, bis die anderen das gleiche tun.« Wir können von unserer Organisation genau dasselbe sagen. — Zu derselben Angelegenheit nimmt auch der »Notenstecher« in seiner Nr. 5 vom 31. Mai Stellung, indem er an den vom Notenstecherverbande abgelehnten Anschluß an unsere Organisation erinnert, der von unserer hannoverschen Mitgliedschaft vorgeschlagenen föderativen Verschmelzung der graphischen Verbände zu einem Graphischen Bunde vollinhaltlich zustimmt und die Hoffnung ausspricht: »daß auch die Buchdrucker diesen Weg als gangbar anerkennen und sich mit den übrigen graphischen Arbeitern zusammenschließen wider ihre gemeinsamen Gegner.«

Über die Arbeitszeit des Millionärs verzapfte kürzlich die bürgerliche Presse folgendes: »Auf den jungen Vincent Astor, dessen Vater bei dem Untergang der »Titanic« ums Leben kam, ist ein schweres Los gefallen. Täglich muß er sechs Stunden lang angestrengt arbeiten und diese Arbeit besteht darin, daß er fortgesetzt Schecks und andre Papiere unterschreibt. Das Vermögen des jungen Mannes beläuft sich auf 250 Millionen Mark, so daß er im Jahre etwa 12 Millionen Mark Zinsen gewinnt und in der Lage ist, täglich 30000 Mark für eigene Bedürfnisse auszugeben. In jeder Minute verdient der junge Astor 21 Mark. Er muß sich also gewaltig anstrengen, wenn er das Geld wieder los werden will.« Der bedauerenswerte Millionär, den sein Reichtum zu sechsständiger Arbeitszeit »zwingt«, darf des allgemeinen Mitleids sicher sein. Auch die Millionäre werden bald über allzulange Arbeitszeit klagen.

Aus dem Auslande.

Holland. Die Verbände der Lithographen und Steindruckers, der Chemigraphen und der Photographen haben sich zu einem allgemeinen *Niederländischen Litho-, Photo- und Chemigraphenbunde*

zusammengeschlossen, der am 1. Oktober 1912 seine Wirksamkeit begann. Am 1. Mai hielt die neue Zentralorganisation in Amsterdam ihren ersten Verbandstag ab. Nach dem von Kollegen W. van Dyk als Verbandssekretär erstatteten Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl von 877 im Oktober auf 939 im Dezember 1912 gestiegen, in einem Vierteljahr also um 62. Die Einnahmen in diesem Quartal betragen 2961 Gulden, die Ausgaben 2380 Gulden, sodaß sich das Vermögen um 581 auf 4128 Gulden erhöhte. Der Fonds zur Bekämpfung der Tuberkulose hatte eine Einnahme von 1353 Gulden und eine Ausgabe von 575 Gulden. Der Verbandstag beschloß die Anstellung des Sekretärs auf 5 Jahre mit einem Anfangsgehalt von 1200 Gulden, das jährlich um 100 Gulden steigt.

Norwegen. Die von der norwegischen Regierung vorbereitete Vorlage, betreffend obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren liegt nunmehr vollständig vor. Danach soll außer dem obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren für solche Konflikte, die eine Gefährdung des öffentlichen Lebens im Gefolge haben können, ein obligatorisches Vermittlungsverfahren für alle Differenzen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eingeführt werden. In allen Interessenkonflikten zwischen Kapital und Arbeit dürfen Arbeitseinstellungen nicht eher erfolgen, als bis die Differenzpunkte selbst Gegenstand einer öffentlichen Vermittlungsaktion gewesen sind. Das Land soll in fünf Kreise mit je einem vom König ernannten Vermittlungsbeamten eingeteilt werden. Die Vermittlung wird entweder von diesem Beamten versucht oder, falls das verlangt wird, von dem Vermittlungsrat, der aus dem Beamten und zwei weiteren Personen bestehen soll. Der Vermittlungsrat wird durch die Regierung auf Vorschlag der Landesorganisation der Gewerkschaften und der Unternehmerzentrale auf drei Jahre ernannt. — Ein weiterer Teil des Entwurfs betrifft die Rechtskonflikte über Auslegung usw. eines Tarifvertrages. Danach ist den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und ihren Organisationen verboten, Differenzen über einen Tarifvertrag oder in einem Tarifvertrage begründetes Schiedsgerichtsurteil durch Arbeitseinstellung auszufragen. Alle solche Differenzen, die nur rechtlicher Natur sind, sollen einem neuen Arbeitsgericht in Christiania unterbreitet werden, gegen dessen Urteil keinerlei Revision und Rekurs zulässig ist, doch können die Parteien ihre Differenzen auch einem privaten Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten. Das Arbeitsgericht, dessen Vorsitzender die Qualifikation eines Höchstrichters besitzen soll, besteht aus fünf von der Regierung ernannten Mitgliedern. Die Beisitzer dürfen nicht Vorstandsmitglieder einer Arbeiter- oder Arbeitgeberorganisation und auch nicht in Diensten einer solchen Organisation sein. Die Zentralen der Unternehmer und der Gewerkschaften haben für je einen Beisitzer das Vorschlagsrecht. Gegen diese Aktion der Regierung, die das gewerkschaftliche Leben der norwegischen Arbeiter in Fesseln schlagen will, ist eine große Protestbewegung entstanden. Abgesehen von zahlreichen überfüllten Versammlungen im ganzen Lande ist ein Petition mit über 6000 Unterschriften dem Parlament überreicht worden. Aus einer Enquete bei den Vorsitzenden der ausländischen Gewerkschaftszentralen hat die norwegische Zentrale bisher Antworten aus Dänemark, Deutschland, Finnland und Schweden veröffentlicht, die einmütig das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren ablehnen.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 2. Juni 1913.

Die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Volksfürsorge; Genehmigung durch den Aufsichtsrat; Eintragung ins Handelsregister; Aufnahme des Geschäftsbetriebs; Versicherungszweige der Volksfürsorge; Grundsätze des Organisationsplanes; hinein in die Volksfürsorge!

Die Idee, eine Volksversicherung auf gewerkschaftlich-gewerkschaftlicher Basis zu schaffen, ist, nachdem sie in der Presse schon mehrfach erörtert worden war, zuerst in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 11. Februar 1911 besprochen worden. Sie beschäftigte dann noch mehrere im Frühjahr dieses Jahres stattgefundene Sitzungen und wurde sowohl dem Gewerkschaftskongress als auch dem Genossenschaftstag im gleichen Jahr unterbreitet, die das Projekt im Prinzip billigten und mit der näheren Ausführung eine besondere Kommission betrauten. Nachdem der Plan mehrere Änderungen erfahren hatte, kam die Kommission endlich nach recht umfangreicher und zeitraubender Tätigkeit im Dezember 1912 mit ihren Arbeiten zum Abschluß. Am 16. Dezember 1912 erfolgte die Gründung der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft; am 18. Dezember 1912 wurde dem Aufsichtsrat für die private Versicherung das Genehmigungsgesuch unterbreitet.

Nachdem noch mehrere Verhandlungen, Rückfragen und Sitzungen stattgefunden hatten und Änderungen des ursprünglichen Plans vorgenommen waren, ist nunmehr, wie wir schon in Nr. 20 kurz mitteilten, die Volksfürsorge durch das Aufsichtsamt genehmigt worden. Der zuständige Senat des Aufsichtsamtes, der die Frage zu entscheiden hatte,

ob der Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsplan, die Versicherungsbedingungen und die sonstigen Einrichtungen der Volksfürsorge den Anforderungen entsprechen, die das Gesetz an private Versicherungsgesellschaften stellt, hat diese Frage bejaht und daraufhin wurde die Genehmigung vollzogen. Das Aufsichtsamt hat also noch nicht fünf Monate für die Nachprüfung des Projekts gebraucht und darf für sich in Anspruch nehmen, daß es prompt und mit möglichster Beschleunigung gearbeitet hat.

Auch die schriftliche Ausfertigung des Genehmigungsbeschlusses der Volksfürsorge enthaltenden Spruches der Aufsichtsbehörde ist prompt eingegangen, sodaß bereits am 17. Mai die Eintragung ins Handelsregister erfolgen konnte. Damit war die letzte Formalität erfüllt, die vor der Aufnahme des Geschäftsbetriebs erledigt werden mußte. Sie soll nunmehr am 1. Juli d. J. erfolgen. Der Vorstand der Volksfürsorge schreibt uns dazu durch das Pressebureau:

»Unsern Freunden teilen wir hierdurch mit, daß die Anmeldung zur Eintragung der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebs, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen, wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Instanzen, das Gewerkschaftskartell und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen. Die Werbearbeit für die Volksfürsorge dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der Volksfürsorge herausgegebenen Flugblattes und der Prospekte über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der Volksfürsorge abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsbücher für das zu erhebende Eintrittsgeld. Nur den Vertrauensleuten der Volksfürsorge wird deren Aufnahmestempel verabfolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 Mk. tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Wir ersuchen nunmehr den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Zahl der in ihrem Bezirk erforderlichen Flugdrucken und Prospekte Mitteilung machen. Der Vorstand der Volksfürsorge. A. v. Elm. Fr. Lesche.«

Die Volksfürsorge übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Lebensfall, Kinderversicherungen, Sparversicherung sowie Versicherung mit einmaliger Prämienzahlung. Alles Nähere erläutern die in diesen Tagen herausgegebenen und verbreiteten Flugblätter und Prospekte sowie die Auskünfte der Vertrauenspersonen, die durch die örtlichen Organisationen bestellt werden. Über die Bestellung der Vertrauenspersonen heißt es in den vereinbarten Grundsätzen des Organisationsplanes:

I. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit allen ihren Funktionären in den Dienst der Volksfürsorge gestellt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Verwaltungskosten der Volksfürsorge möglichst gering werden, um so die erzielte Ersparnis den Versicherten zugute kommen zu lassen.

II. Nach Möglichkeit haben deshalb die Einkassierer und Beitragssammler der Gewerkschaften auch die Einkassierung der Prämien für die Volksfürsorge zu übernehmen, wofür ihnen die hierfür festgesetzte Entschädigung zusteht.

III. Über die Art der Abrechnung der Beitragssammler, ob direkt mit dem Rechnungsführer oder mit den Ortskassierern der einzelnen Gewerkschaften, muß in jedem Ort eine den Verhältnissen angepaßte Regelung getroffen werden. Die Verantwortung für die Kontrolle hat in jedem Falle der Rechnungsführer zu übernehmen.

IV. Es ist in allen Orten zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die Volksfürsorge nach Maßgabe dieses Organisationsplanes und den eventuell noch zu erlassenden speziellen Anweisungen des Vorstandes der Volksfürsorge zu übernehmen bereit sind. Die diesbezüglichen Feststellungen werden da, wo Gewerkschaftskartelle vorhanden sind, diese vornehmen müssen. Haben die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die Volksfürsorge übernommen, dann sind für die von dieser nach Berufen gegliederten Organisation nicht erlabten Versicherten vom Gewerkschaftskartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Inkasso bei diesen Versicherten besorgen.

V. Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauenspersonen zu bestellen. Die Entgegennahme von Versicherungsanträgen und die Verabfolgung von Marken für die Sparversicherung seitens der gewerkschaftlichen Einkassierer ist auch dann ihre Pflicht, wenn die zu leistende Gesamtarbeit von den Gewerkschaften nicht übernommen worden ist. Sie unterstehen den von der Verwaltungskommission und dem Rechnungsführer getroffenen Kontrolleinstellungen der Volksfürsorge.

Wir dürfen wohl erwarten, daß sich auch die Mitglieder unseres Verbandes mit voller Kraft in den Dienst der Volksfürsorge, dieser neuen gewaltigen Schöpfung der Arbeiterschaft, stellen werden. Denn obwohl die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung trotz aller Versuche der um ihren Profit besorgten Gegner, die Genehmigung zu hintertreiben, genehmigt werden mußte, wird jetzt erst der Kampf auf dem Felde der Werbearbeit um so erbitterter entbrennen. Zutreffend schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission in seiner letzten Nummer: »Man wird es an Verleumdungen der Volksfürsorge, ihrer Begründer und Mitarbeiter, an Verdrehungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bewußten oder leichtenfertigen Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schlammlut wird sich gegen alle diejenigen heranzühen, die den Mut haben, die Volksversicherung der spekulativen Ausbeutung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterschaft nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Zähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Werbearbeit energisch aufzunehmen und möglichst weite Volkskreise, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorzüge der Volksversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationen allerorts sich in den Dienst der Volksfürsorge stellen, um den Betrieb derselben nach den Grundsätzen möglichstster Sparsamkeit und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrensache für die Arbeiterklasse sein, das aus eigener Kraft geschaffene Unternehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Keiner, der imstande ist, der Volksfürsorge seine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand versage ihr die Mitarbeit und Beteiligung.« Diesen Ausführungen schließen wir uns voll und ganz an und wir empfehlen sie allen unsern Kollegen dringend zur Beachtung. Auch für die Mitglieder unseres Verbandes muß jetzt die Parole lauten: Frisch an die Arbeit für die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung! Hinein in die Volksfürsorge!

Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912.

I. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1912.

In Nr. 18 des Korrespondenzblattes ist der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1912 enthalten, der alles getreulich widerspiegelt, was die Gewerkschaftsbewegung und die allgemeine Arbeiterbewegung im verflochtenen Jahre hindern oder fördernd beeinflusste und aktiv oder passiv in Anspruch nahm. Seine auszugsweise Wiedergabe möge daher unsere gewerkschaftlichen Rückblicke auf das vergangene Jahr eröffnen.

Der Jahresbericht erwähnt einleitend das Geschrei der Scharfmacher im Unternehmerlager nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften. In diesem Ruf nach der Staatsgewalt spiegelt sich der schwindende Glaube der Unternehmerorganisationen an die eigene Kraft. Die Aussperrungstaktik der Unternehmer hat Flako gemacht; bei den großen Kämpfen des Jahres 1912, wie im Steinrückdruckgewerbe und in der Tabakindustrie, die schon im Jahre 1911 begonnen wurden, nicht minder bei den Aussperrungen in der Porzellanindustrie, dem Schneidergewerbe und der Metallindustrie mußten den Arbeitern schließlich nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht werden. Der bedeutendste Wirtschaftskampf des Vorjahres, der der Bergarbeiter, mußte freilich, dank dem Verrat der christlichen Gewerkschaften, erfolglos abgebrochen werden.

Das Verlangen der Unternehmer nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften, insbesondere nach einem gesetzlichen Verbot des Streikpostenstehens, hatte insofern praktischen Erfolg, als die Parlamente einiger Bundesstaaten, wie Sachsen, Hamburg und Preußen, sich für solche Gesetze aussprachen. Im Reichstag, der für diese Gesetzgebung zuständig ist, hatten diese Bemühungen allerdings noch keinen Erfolg. Ein konservativer Antrag, der ein Verbot des Streikpostenstehens

forderte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung lehnt zurzeit Ausnahme-gesetze gegen die Gewerkschaften ab. Allerdings nicht grundsätzlich. Sie will sich vorläufig mit einer schärferen Anwendung der bestehenden Gesetze behelfen und erst bei der Revision des Strafgesetzbuches dem Koalitionsrecht der Arbeiter gründlich zu Leibe gehen. Wie schlecht dieses Recht bei der Reichsregierung aufgehoben ist, ergibt sich aus der Haltung des Staatssekretärs Dr. Delbrück in den Verhandlungen des Reichstages am 10. und 11. Dezember 1912 über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.

Nachdem der Bericht auf die neue Praxis der Gerichte, durch exorbitante Strafen den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts zu verleiden, hingewiesen, dabei auch die mannigfachen Versuche strebsamer Staatsanwälte, die Gewerkschaften zu politischen Versteuern zu stempeln, erwähnt hat, kommt er auf die Leistungen des neuen Reichstages auf sozialpolitischem Gebiete zu sprechen. Diese Leistungen sind sehr bescheiden, denn die zahlreichen Resolutionen zum Etat, die der Reichstag angenommen hat, verpflichten weder diesen noch die Regierung. Wie weit der Weg von einer Resolution zu einem arbeiterfreundlichen Gesetz ist, hat die Beratung des Entwurfs zur Abänderung des Handelsgesetzbuches gezeigt, bei dem es sich um die Konkurrenzklausele handelt. Für das Verbot der Konkurrenzklausele, wie es von den Handlungsgehilfen aller Richtungen verlangt wird, tritt nur die Sozialdemokratie ein.

Der Bericht erwähnt dann die von den Gewerkschaften und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtete »Gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Aktiengesellschaft Volksfürsorge«, die beim Abschluß des Berichts die Genehmigung des Aufsichtsamtes für Privatversicherung noch nicht erlangt hatte. Diese Genehmigung ist inzwischen erfolgt, so daß die Hoffnung, daß es möglich sein wird, den Geschäftsbetrieb der »Volksfürsorge« zum 1. Juli zu beginnen, sich erfüllen dürfte.

An der Internationalen Bauausstellung in Leipzig, die am 3. Mal eröffnet wurde, wollte sich die Generalkommission auf Grund der Erfahrungen, die sie bei der Hygieneausstellung in Dresden gemacht hatte, zunächst nicht beteiligen. Erst als nach dieser Richtung bündige Zusicherungen gegeben waren, wurde die Beteiligung beschlossen; sie beschränkt sich auf eine Darstellung des Bauarbeiter-schutzes. In Betracht kommen nur die Bauarbeiterorganisationen und die Verbände, deren Mitglieder zum Teil ebenfalls am Bau beschäftigt sind.

Die proletarische Jugendbewegung, zu deren Verfolgung die Behörden mitunter einen bewundernswerten Scharfsinn an den Tag legen, macht trotzdem gute Fortschritte. Ein guter Gradmesser hierfür ist die Abonnentenziffer der »Arbeiter-Jugend«, die in 9 Monaten von 80086 auf 90000 gestiegen ist. Die Zeitung wird von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegeben, in welcher die Generalkommission vier Vertreter hat. Außer dieser alle 14 Tage erscheinenden Zeitung hat die Zentralstelle im letzten Jahre noch eine Reihe Flugblätter und sonstige Schriften herausgegeben. An einem einwöchigen Kursus zur Ausbildung von Jugendleitern, der im Oktober in Berlin abgehalten wurde, beteiligten sich 32 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands. Solche Kurse sollen nun regelmäßig abgehalten werden; der nächste Kursus findet im Mai d. J. statt. Zurzeit bestehen in 637 Orten (im Vorjahr in 574 Orten) Jugendausschüsse, die 32 (im Vorjahr 26) Bezirksleitungen unterstehen.

Unter dem Kapitel Agitation berichtet die Generalkommission über die Errichtung eines Gewerkschaftssekretariats für das lothringische Industriegebiet mit dem Sitze in Metz. Bezüglich der notwendigen Errichtung neuer Arbeitersekretariate heißt es im Bericht: »Die Änderung in dem Gerichtsverfahren über Ansprüche aus der Versicherungsgesetzgebung wird die Errichtung von Arbeitersekretariaten in mehreren Orten notwendig machen. Wenn auch für einzelne dieser Sekretariate ein Zuschuß seitens der Generalkommission erforderlich sein wird, so müssen in der Hauptsache die organisierten Arbeiter in den Bezirken der Oberversicherungsämter die Kosten selbst tragen, wenn sie ihre Rechtsansprüche sachgemäß vertreten haben wollen. Es wird zur Durchführung dieser Vertretung die Errichtung von Bezirkskartellen, abgegrenzt nach den Bezirken der Oberversicherungsämter, notwendig sein.« — Agitorischen Zwecken diene auch eine Reise des Vorsitzenden der Generalkommission nach den Vereinigten Staaten, über welche noch ein besonderer Bericht angekündigt wird.

Von den regelmäßigen statistischen Arbeiten der Generalkommission hat nur die Streitstatistik eine Erweiterung erfahren, insofern, als nunmehr auch eine Übersicht über die Lohnbewegungen nach Bundesstaaten und Provinzen gegeben wird. Jedes Jahr wird durch Vergleiche nachgewiesen, daß die amtliche Streitstatistik wertlos ist, doch hat sich bisher die Regierung noch nicht entschließen können, die Voraussetzungen für die Mitarbeit der Gewerkschaften an der amtlichen Streitstatistik zu schaffen, wodurch allein die Möglichkeit gegeben wäre, daß diese Arbeit den Wert erhält, der ihr bisher abgeht. Für eine amtliche Statistik, über die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung haben die Verbandsvor-

stände das Material geliefert. Hierbei wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Angaben der Unternehmerorganisationen über die Arbeitsvermittlung einer amtlichen Nachprüfung unterzogen werden. Diese Arbeitsnachweise paradierten mit großen Vermittlungszahlen, während sie in Wirklichkeit meist überhaupt keine Arbeit vermitteln, sondern nur die Arbeiter, die auf anderem Wege Arbeit gefunden haben, zwingen, sich zur Kontrolle zu melden.

Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse wurden im Herbst wieder aufgenommen. Der erste Kursus, der vom 7. Oktober bis 16. November stattfand, war von 72 Teilnehmern besucht. Vom 18. April bis 15. Mai und vom 3. bis 29. Juni fanden zwei Kurse für Arbeitersekretäre statt, an denen zusammen 62 Arbeitersekretäre teilnahmen.

Die Auflage des »Korrespondenzblattes« der Generalkommission stieg im Laufe des Jahres von 28400 auf 30000 Exemplare. Von der mit Beginn des Jahres eingeführten Arbeiterrechtsbeilage wird eine Sonderauflage von 5000 Exemplaren hergestellt, die an die Arbeitervertreter in den Instanzen der Sozialversicherung usw. verteilt wird. Das in italienischer Sprache herausgegebene Gewerkschaftsorgan steigerte seine Auflage von 9332 auf 10184 Exemplare und die Auflage des polnischen Gewerkschaftsblattes stieg von 6678 auf 8034 Exemplare. Außer diesen periodischen Zeitschriften hat die Generalkommission noch eine Reihe von Broschüren und Drucksachen herausgegeben.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet über die Herausgabe eines Flugblattes in 400000 Exemplaren. Eine vom Sekretariat herausgegebene Bearbeitung des Hausarbeitsgesetzes ist in 72000 Exemplaren abgesetzt worden. Die Tätigkeit des Sekretariats erstreckt sich im übrigen auf die Vermittlung von Referentinnen und die Sammlung von Agitationsmaterial. Außerdem werden im Sekretariat die Kassengeschäfte des Hausangestelltenverbandes erledigt.

Die Jahresabrechnung der Generalkommission bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 979 689 Mk. Der Vermögensbestand hat einen kleinen Rückgang von 442861 Mk. auf 435366 Mk. erfahren. Der größte Einnahmeposten entfällt auf die Beiträge der Gewerkschaften mit 319581 Mk. Von den größeren Ausgabe-posten sind zu nennen: Agitation mit 168358 Mk. In dieser Summe sind u. a. die Zuschüsse für die Agitationskommissionen und einige Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate enthalten; auch der Zuschuß an den Verband der Hausangestellten mit 15300 Mk. und an den Verband der Land- und Forstarbeiter mit 45000 Mk. Die Unterrichtskurse erforderten 33037 Mk., darunter 26158 Mark Bezüge der Kurssteilnehmer. Das »Korrespondenzblatt« kostete 74618 Mk., das Zentral-Arbeitersekretariat 19794 Mk. und die Sozialpolitische Abteilung 21822 Mk.

In den Zahlen des Kassenabschlusses sind die zur Unterstützung von Lohnkämpfen aufgebrachtten Summen nicht enthalten. Durch Vermittlung der Generalkommission erhielten die Tabakarbeiter 356505 Mk., die Porzellanarbeiter 85000 Mk., die Bergarbeiter 30000 Mk. An der Landeszentrale in England gingen zur Unterstützung der Transportarbeiter 49545 Mk. und die Bergarbeiter in Mons in Belgien erhielten 35 Mk.

Dem Bericht der Generalkommission schließt sich der des Zentralarbeitssekretariats an. Dieses hatte einschließend der aus dem Vorjahre übernommenen Streitsachen insgesamt 3190 Fälle zu bearbeiten, das sind 478 weniger als 1911. Erledigt wurden im Berichts-jahr 2165 Fälle, sodaß 1026 unerledigte Fälle ins neue Jahr übernommen werden mußten. Von den erledigten betrafen 1994 Unfallsachen; davon wurden 435 zugunsten und 1198 zugunsten der Verletzten entschieden, während in 361 Fällen die Vertretung wegen Aussichtslosigkeit abgelehnt werden mußte. Ferner betrafen 135 erledigte Streitfälle Invaldensachen, darunter 10 Befragungen, von denen nur eine endgültig von Erfolg begleitet war. Von den verbleibenden 125 Revisionen konnte in 9 Fällen die Vertretung aus den gleichen Gründen wie bei den aussichtslosen Unfallsachen nicht übernommen werden. Von den vertretenen 116 Revisionen wurden 12 der Versicherersträger und 53 der Versicherten zurückgewiesen, 4 bezw. 3 wurde stattgegeben, bei 18 bezw. 23 wurde die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schiedsgericht zurückverwiesen und 3 Revisionen der Versicherten wurden zurückgenommen. Endlich waren von der Gesamtzahl der erledigten Streitsachen noch 30 Knappschaftspensions- und 6 Zivilsachen. Außerdem ermittelte das Sekretariat noch in 779 Sachen 831 schriftliche Auskünfte.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission legt jedenfalls Zeugnis dafür ab, daß sowohl sie selbst als auch die von ihr geschaffenen Einrichtungen im vergangenen Jahre ebenso wie in den Vorjahren rege tätig gewesen sind für die Förderung der Gewerkschaftsbewegung und für die Wahrnehmung der Interessen aller in letzterer zusammengeschlossenen Arbeiter.

Entretung der Versicherten in den Betriebskrankenkassen.

Die neue Reichsversicherungsordnung, die mit dem 1. Januar 1914 in Kraft tritt, beunruhigt scheinbar diejenigen Unternehmer, die zum Zwecke der

besseren Ausbeutung ihres Personals Betriebskrankenkassen eingerichtet haben, schon sehr. Sie treffen deshalb umfassende Vorbereitungen, um ihrerseits durch gemeinschaftliches Vorgehen, die neuen Kassensatzungen, die der Reichsversicherungsordnung angepaßt sein müssen, im Unternehmer-Interesse zu beeinflussen. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen, an dessen Spitze bezeichnenderweise die Firma Friedrich Krupp-Essen steht, hat am 2. Mai an alle Firmen mit Betriebskrankenkassen ein Rundschreiben versandt. Es enthält Anweisungen und Ratschläge, wie die Firmen auf die einfachste Art wohl den gesetzlichen Bestimmungen in bezug auf die Mitwirkung der Versicherten bei der Neufassung der Satzungen gerecht werden, gleichzeitig aber auch eine wirklich praktische, tatsächliche Mitarbeit der Versicherten auf das Mindeste herabdrücken können. Auf einen Hinweis im Rundschreiben, daß bis 30. Juni die neuen Satzungen eingereicht sein müssen, folgt die interessante Bemerkung: »Der Verband hat bei der Herstellung der amtlichen Mustersatzungen in umfassender Weise mitgewirkt. Sodann werden folgende Instruktionen erteilt:

»Die neuen Satzungen nach der Reichsversicherungsordnung werden bei Betriebskrankenkassen von den Betriebsunternehmern aufgestellt. Über den Satzungsentwurf müssen, bevor er eingereicht wird, Versicherte »angehört« werden. In welcher Weise der Betriebsunternehmer Versicherte »anhören« soll, darüber bestehen keinerlei Vorschriften. Der gesetzlichen Bestimmung wäre im vollen Umfange genügt, wenn etwa die Firma durch Anschlag an den üblichen Orten des Betriebes anzeigte, daß der neue Satzungsentwurf an einer bezeichneten Stelle zur Einsicht ausliege und daß dort auch Äußerungen dazu entgegengenommen werden. Wir möchten empfehlen, den Kassenvorstand als die gewählte und berufene Vertretung der Versicherten anzuhören.«

Es folgen Anweisungen, wie die Vertreter, entweder durch Vorstandssitzungen, oder aber durch Umlaufschreiben, das eine besondere Vorstandssitzung unnötig macht, von dem Satzungsentwurf zu unterrichten sind. Wörrlich heißt es dann weiter:

»Für die Betriebsunternehmer besteht keinerlei Verpflichtung, die gutachtlichen Äußerungen zu berücksichtigen. Die Versicherungsbehörden brauchen auch nach dem Gesetz nicht über das, was Versicherte bei dem Anhören geäußert haben, unterrichtet zu werden. Für die Versicherungsämter kommt es nur darauf an, Gewißheit zu haben über die Tatsache, daß Versicherte angehört worden sind. Der Nachweis wird am besten erbracht durch Überlegung einer entsprechenden Niederschrift als Anlage des Anschließens bei Einsendung des Satzungsentwurfs. Die Niederschrift könnte etwa folgenden Wortlaut haben: . . .

Es folgt nun ein Schema einer solchen zu verwendenden Niederschrift, das mit nachstehendem Satze endet: »Die folgenden, von den Versicherten gewählten Vertreter des Vorstandes beschließen durch Unterschrift, daß sie über den Entwurf der Kassensatzungen, der den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung entspricht, angehört worden sind.« — Also bitte, alles gut präpariert. Der formellen Erledigung ist vollat Genüge getan. Die Versicherten sind »angehört« worden, ihre gewählten und berufenen Vertreter haben es ja durch ihre Unterschrift beglaubigt. Wer lacht da?

Den Schluß dieses Elaborates bildet, und das ist wohl sein Hauptzweck mit, das Schlagen der Werbetrommel für den Verband. Vielversprechend und prophetisch heißt es da u. a.:

»Zurzeit stehen die Betriebsunternehmer vor der schwierigen Aufgabe, die Kassensatzungen den Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung anpassen zu müssen. Der Verband unterstützt seine Mitglieder bei dieser umfassenden Arbeit, soweit dies möglich ist. — Nur andeuten möchten wir die Vertretung der »Gesamtinteressen« der Betriebskrankenkassen. Diejenigen Kreise, welche eine allgemeine Zentralisation in der Krankenversicherung und den Übergang der Betriebskassen in die Ortskassen anstreben, ruhen nicht. Ihnen muß fortlaufend entgegengekört werden, wenn die Betriebskassen nicht über kurz oder lang völlig beseitigt werden sollen.«

Besonders einladend und zugkräftig für die Gewinnung neuer Firmen sollen dann noch einige Zahlenangaben über Umfang und Beiträge des Verbandes wirken. 3000 Betriebskrankenkassen, die sich wieder auf 19 Unterverbände verteilen, gehören bereits dem Verbands an. Der Beitrag macht auf den Kopf der Mitglieder 4 resp. 5 Pfennige aus. Der Mindestbeitrag beträgt 10 Mark. Unterzeichnet ist das Rundschreiben von einem Herrn Wandel, Justizrat und Direktor der Firma Krupp in Essen. Die Firma Krupp also, die doch sonst so gerne und so viel in Wohltätigkeit macht, organisiert hier ganz plammäßig die Beschneidung der Rechte der Versicherten.

Arbeiter, Versicherte, lernt daraus! Wahr! und verteidigt eure schon ohnehin geringen Rechte in den Betriebskrankenkassen, die ganz zu beseitigen eine reaktionäre und unsoziale Regierung und Parlamentsmehrheit sich nicht entschließen konnten.

L. S. D.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Zur Pfingsttagung des Deutschen Faktoren-Bundes.

Dem Geschäftsbericht, der der zu Pfingsten in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Faktoren-Bundes vorlag, entnehmen wir folgendes: Das Bundesvermögen beträgt 400 000 Mk. An Unterstützungen wurden seit dem 17-jährigen Bestehen des Bundes 269 351 Mk. verausgabt. Im Jahre 1912/13 wurden 3335 Mk. an Umzugsunterstützung bezahlt. Die Invaliden-Unterstützung beträgt 18 690 Mk. für 64 Mitglieder. Dauernde Witwenunterstützung erhielten 134 Witwen im Gesamtbetrage von 17 825 Mk. Die Notlagenunterstützung erforderte 350 Mk., das Sterbegeld 4150 Mk. An 54 Stellenlose wurden 5678 Mk. bezahlt. Die Gesamtunterstützungen für das letzte Jahr betragen 50 028 Mk. Das sind gewiß respektable Zahlen, und wir haben stets die Tätigkeit des Bundes auf dem Gebiete seiner Unterstützungseinrichtungen anerkannt. Diejenigen Bundesmitglieder aber, die angesichts der verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnisse eine Neigung zu gewerkschaftlicher Tendenz äußerten, werden, wenn es ihnen Ernst damit war, nicht mit dem Ausgang der Tagung zufrieden sein. Vielleicht halten sie jedoch die bezaubernden Elogen, die ein Stuttgarter Kommerzienrat und Druckereibesitzer gleich zu Anfang als Begrüßung über sie ausgoß, als genügenden Ersatz für ihre begrabenen Hoffnungen. — Die Wiederwahl des bisherigen »Redakteurs« läßt darauf schließen, daß die Bundeszeitung, die statt wie bisher 14-tägig, ab 1914 aller 8 Tage unter Angliederung einer technischen Beilage erscheinen soll, in ihrem weiblichen sozialpolitischen Indifferentismus auch fernerhin dem Faktoren-Bund sich »gesinnungstüchtig« anpassen wird. Auch die Zusammensetzung des neuen Vorstandes nötigt nicht zur Hoffnung auf eine Vorwärtsbewegung in demokratischem Sinne.

Von besonderem Interesse für uns war der Punkt der Tagesordnung, der über die Angestellten-Versicherung, die fernere Gestaltung des Bundes und die Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Faktoren handelte. Die Herren sind sich darüber einig, daß sie bei den teuren Zeiten durch die hohen Beiträge zur Angestellten-Versicherung finanziell unerträglich belastet werden, und beschließen in einer Resolution, durch den Faktoren-Bund die Bitte um eine allgemeine Gehaltserhöhung an die Prinzipale zu richten. Von einem Versuch, ihnen nahe zu legen, den ganzen Beitrag für die Angestellten auf sich zu nehmen, glaubt man sich keinen Erfolg versprechen zu dürfen, wie das Beispiel des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zeige. Deshalb sollen die Faktoren lieber »aus sozialen und ethischen Gründen« den auf sie entfallenden Betrag aus ihrer Tasche bezahlen, wie es ja die Arbeiter auch tun. Das Argument der »ethischen Gründe« und der Hinweis auf die Arbeiter ist kostbar! Vor etwa 10 Jahren bettelten die Herren die Unternehmer an um eine Beihilfe zur Kasse von 12 Mk. pro Mitglied und Jahr; natürlich auch aus »ethischen Gründen«; und daß die Arbeiter von den Faktoren als vorbildlich gewürdigt werden, ist eine Ehrung, deren Wert erstere in ihrem vollen Umfange wahrscheinlich gar nicht ermessen können. Jetzt rächt sich wieder einmal, daß die Faktoren von jeher mit vielem Eifer gewissen Anschauungen und Grundsätzen huldigten, in deren Fesseln sie notwendig sich verstricken müssen. — Grundsätze, die die aufgeklärten Arbeiter, auf die man eben noch vorbildlich hinwies, als veraltet und ihrer unwürdig verwerfen. Es ist nach unserm Gefühl unsäglich demütigend, den Unternehmern, die schon den Beitrag von 12 Mk. zur Faktorenkasse als eine »überflüssige Be-

lastung« bezeichneten, jetzt mit einem Bittgesuch um Gehaltserhöhung, das voraussichtlich abgelehnt wird, unterwürdig zu nahen — ein Beschluß, der noch unverständlicher und peinlicher wirkt durch den Verzicht auf den »12 Mark-Beitrag«. Ein trübes Geschäft! Doch das ist wohl Gefühlssache. Aber seltsam ist's doch, daß Menschen von gleichem »Bildungsgrad« so gänzlich verschieden empfinden sollen, besonders in dem Verhältnis zum Unternehmertum.

Die Faktoren betrachten die »Wahrung der Unternehmer-Interessen als ihre vornehmste Aufgabe«. Zunächst ist schon das Wort »vornehmste« an ganz falschem Platz. Mit diesem Superlativ wollen die Herren diejenige Aufgabe bezeichnen, vor der alle andern Interessen zurücktreten müssen, und wir können bestätigen, daß sie oft ihr Denken und Können in dem Dienst der Unternehmer-Interessen aufgehen ließen gegen die Arbeiter; dann kam aber meistens die Vornehmheit schlecht dabei weg. Bei manchem Kampf der Gehilfen um bessere Arbeitsbedingungen haben die Herren in leider nur sehr wenig vornehmer Denkweise die Unternehmerinteressen vertreten. Sie waren oft genug bemüht, den Wortführern der Gehilfen das Leben schwer zu machen, und zwar mußten gerade diejenigen Gehilfen, die von ihren Kollegen auf einen Vertrauensposten gestellt waren, infolge unerhört skandalöser Weise ihre Stellungen verlassen, nur deshalb, weil der Faktor seine »vornehmste Aufgabe« lösen wollte — eine Methode, die der Gemeinheit näher steht als der Vornehmheit. Die modernen Arbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß es die vornehmste und wichtigste Aufgabe nicht nur jedes Vorgesetzten, sondern jedes Menschen überhaupt sein sollte, mit allen Kräften zu verhindern, daß dem Arbeiter vom Unternehmer das Fell über die Ohren gezogen wird. Denn es ist schmachlich, dem wirtschaftlich Starken Hilfe zu leisten, damit er sich auf Kosten des wirtschaftlich Schwachen bereichere. Wir halten es für vornehm, dem Arbeiter behilflich zu sein, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen.

»Das verstößt gegen die Geschäftsinteressen« werden hier die Faktoren ausrufen, und da wollen wir doch betonen, daß wir auch hier grundsätzlich eine andre Stellung einnehmen, wie die Faktoren und wie sie deren Referent in der Generalversammlung kennzeichnet: »Von jeher hat es sich der Faktor zur Ehre geschätzt, als erster Mitarbeiter des Prinzipals angesehen zu werden. Mit voller Hingebung und rastlosem Eifer wird er stets bestrebt sein, seine Position entsprechend auszufüllen und seinen Stolz darein setzen, immer und unter allen Umständen das Bestmögliche im Interesse seiner Firma zu leisten.«

Wohl allen Kollegen wird gelegentlich einmal von ihren Prinzipalen oder Vorgesetzten »Mangel an Geschäftsinteresse« zum Vorwurf gemacht, und immer unterstützen die Herren diesen Vorwurf durch eine Art Entrüstung in Stimme und Haltung, als ob sie in ihrer geweihten Person aufs tiefste verletzt wären, oder als ob die Gehilfen sich eines schweren Verbrechens gegen die Moral schuldig gemacht hätten, — so daß sie sich verwundert fragen: worin besteht denn nun eigentlich das Geschäftsinteresse, wegen dessen Mangel man uns am liebsten empfindlich bestrafen möchte? Wenn damit ganz allgemein der Beruf mit seinem Inneingreifen von Kunst und Wissenschaft, Technik und Handel gemeint wäre, so wäre der Vorwurf so unbegründet als nur möglich; denn gerade die Gehilfen, die Arbeiter sind es, die sich der fortschreitenden Technik anpassen und sie immer weiter und weiter zu vervollkommen suchen. Und dazu sind sie nicht nur aus rein praktischen Gründen zu ihrem eigenen Nutzen genötigt, sondern es geschieht auch aus ideellen Gründen, aus Liebe zum Beruf und aus ganz uneigennütziger Freude an selbstschöpferischer Tätigkeit. Wer wollte leugnen,

daß die meisten technischen Neuerungen und Fortschritte in unserm Beruf den unablässigen Versuchen und Grübeleien der Gehilfen zu danken sind! Aber diese Art des Geschäftsinteresses ist von den Unternehmern und ihren »ersten Mitarbeitern« gar nicht gemeint, wenn sie uns in der Pose der erzürnten Gerechtigkeit unsre Sünden ins Gewissen rufen. Sie meinen vielmehr damit, daß wir nicht unausgesetzt all unsre Gedanken darauf richten, ohne angemessene Gegenleistung ihre Profitgier zu befriedigen. Es ist also nichts weiter als ihre nackte Eigensucht, mit der sie unsern Fleiß und unser Ehrgefühl aufzustacheln suchen.

»Nur ein gewissenloser Charakter würde es über sich gewinnen können, seine Aufgabe, die er im Namen und zum Vorteil eines andern verrichtet, mit absichtlicher Lässigkeit zu erfüllen.« behauptet der Faktoren-Referent. Aber er richtet uns, logisch wie die Herren nun einmal denken, aus unsrer tiefen Zerknirschung auch wieder empor: »Allerdings sind unfreundliche Behandlung, höchste Anforderungen des Prinzipals bei möglichst herabgedrücktem Gehalt, Verweigerung jedes Anteils am günstigen Erfolge des Geschäfts bei tüchtigen Leistungen nicht dazu angetan, die Arbeitsfreudigkeit und den Eifer des Faktors zu erhöhen.« Vorher sagt er aber: »... ungeredhtfertigt erscheint mir aber doch die Meinung jener Pessimisten, die wirkliche Freude an der Arbeit und Bereitwilligkeit zur Einsetzung der vollen Arbeitskraft, auch ohne speziell ihr eigenes Interesse, als etwas Unwahrscheinliches und Unmögliches erklären.« Was ist nun eigentlich die richtige Meinung der Faktoren über das Geschäfts-Interesse?

Der Unternehmer braucht nur geistig und körperlich vollwertige Kräfte; erlahmen diese, ist auch das Interesse an den Arbeitern hin. »Im März 1912 wurde der Vorstand des Kreises VIII um seine Ansicht gebeten, warum ältere Mitglieder, die sich lange Jahre in Stellung befunden hatten, gekündigt wurden. Besondere Gründe konnten hierfür nicht festgestellt werden...« (Aus dem Vorstandsbericht!) Angesichts dieser Tatsache ist es daher ein starkes Stück, wenn ein Unternehmer von »seinen« Angestellten und Arbeitern Interessen an seinem Geschäft verlangt und wenn die Faktoren dieses unbegründete Verlangen bezüglich der Arbeiter unterstützen! Es ist ja möglich, daß unter früheren patriarchalischen Verhältnissen der Geselle sein Ideal darin erblickte, um jeden Preis sich das Wohlwollen seines Meisters zu erringen, und auch ohne angemessene Entschädigung, also aus reiner Unterwürfigkeit sich abrackerte. Aber Ideale wandeln sich mit veränderten ökonomischen Verhältnissen. Heute hält es der aufgeklärte Arbeiter und Angestellte für ideal, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen und ihren Fleiß genau der Gegenleistung anzupassen. Ob man ihnen dann den Vorwurf der passiven Resistenz macht oder der Gewissenlosigkeit ist gleichgültig und das Wohlwollen des Unternehmers ist ihnen verdächtig. —

Zur Generalversammlung.

II.

Es ist das Recht der Mitglieder einer Organisation, darüber zu diskutieren, wie weit sich eine absolute oder relative Demokratie im gesamten Verwaltungs- und Verfassungswesen ihrer Organisation durchführen läßt. Da nun nach vielen anderseitigen Erkenntnissen ein völlig restloses Aufgehen des rein demokratischen Prinzips in den heutigen großen Organisationsformen nicht möglich ist und damit das Problem »Massen und Führer« vom akuten ins chronische Stadium überzugehen droht, so sucht man auf andere Weise dem Prinzip der Demokratie Rechnung zu tragen. Aber wie? Von der ausgeglichenen Ventilierung und der Stellungnahme der Mitglieder zu dieser Frage hängt auch das Wesentlichste und Beste für deren Lösung ab.

Nun ist in unserer Organisation eine beratende und beschlußfassende Körperschaft für Kampfaktik und ähnliches vorgeschlagen. Im Verein mit dem andern Kommissionen und natürlich auch dem Hauptvorstand will man damit so eine Art wohl- abgewogenes, fein ausbalanciertes »Gefühlskompro-

miß« schaffen, das sich aus Bestandteilen beider »Gegensätze«, der Massen und der Führer, zusammensetzt und in dieser Richtung zu funktionieren hätte. Zweifellos hat diese Körperschaft für Kampfaktive theoretisch etwas für sich; aber man täusche sich nicht, als ob damit das Problem aus beste gelöst sei und dieser Körperschaft alle Maßnahmen deshalb gut gelingen müßten, weil sie sich rein »demokratisch« repräsentiert. Dabei bleibt auch dann offen, ob sie den wahren oder falschen Widerspiegel der Mitglieder bei den einzelnen Beschlüssen darstellte, denn über alle und jede diesbezüglichen Fragen und Maßnahmen, deren verschiedenartiger oft in einer Wirkungsperiode auf lauchten bzw. vorgenommen werden müßten, kann doch wohl nicht immer gesamt abgestimmt bzw. neu gewählt werden.

Neben der Beeinträchtigung der Beweglichkeit und Elastizität der Organisation, die sie notwendigerweise mitbringen würde, wären dieser Körperschaft jedoch, falls sie mit weitestgehenden Beschlüsfberechtigungen ausgestattet wäre, wiederum natürliche Grenzen gezogen, die in ihrem Wesen selbst liegen: man denke zum Beispiel an Eventualitäten, die aus Dingen imponderabiler Art erwachsen, an Voraussetzungen, nach denen man an exponierter Stelle fortwährend unbeschlossen zu handeln gezwungen ist. Es fragt sich darum, ob so nicht der »Selbstherrlichkeits«teufel mit dem Beelzebub der zu weitgehenden Abhängigkeit und Festlegung von den Körperschafts- und Kommissionsbeschlüssen ausgetrieben wäre, was im heutigen Zeitalter der Schlagfertigkeit und Plötzlichkeit nur neue Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten mit sich bringen dürfte. Worauf ich hinaus will: man schmähere unsern Hauptvorstande im Interesse der angeführten Gründe nicht allzusehr das »Erstgeburtsrecht«; er soll zwar nicht Bethmann-Hollweglich über den Parteien (lies Kommissionen) stehen, andererseits braucht aber auch nicht sein von der Parteien (lies Körperschaften) Haß und Gunst verwirrtes Charakterbild zu schwanken in der Geschichte.

Nun hat da neben seinem Vorschlag Kollege Ehlers, jedenfalls als abschreckendes Beispiel, die für Buchdrucker angeführt. Der weiteren Belehrung der Verbandsmitglieder und der Vollständigkeit halber sei hier noch als Musterbild eine andere Organisation vorgestellt. In einem Aufruf dieser Organisation war die Rede von dem »verantwortungsbewußten Führer, der mehr und mehr zu Ansehen komme und sich das Vertrauen seiner Wähler erwerbe, je mehr er die Fähigkeit, Festigkeit und den Charakter besitze, dem vorgesteckten Ziel unter seiner Führung näher zu kommen, ... der Unmöglichkeit, über jeden seiner Schritte abzustimmen, ... der Disziplin, die Handlungen zu decken, ... andererseits ihm auch das Recht des Zurücktretens freil zu gewähren ... usw. So lauten die Stichproben aus einem Wahlauftrag zur Kandidatenfrage einer süddeutschen radikalen Parteigruppe anlässlich einer Kontroverse mit der revisionistischen!

Es ist Sache unserer Generalversammlung, zwischen der Szylla »Massenführer« und der Charybdis »Nur-Ausführer« des Massenwillens glücklich hindurchzukommen. Möge es gelingen, den organisierten berufspolitischen Gesamtwillen in den Personen der leitenden Führer und Berater unserer Organisation zur wohltemperierten Zielrichtung zu entfachen. Adolf Blum, Eßlingen.

Das Jubiläum unseres Blattes im Spiegel der Presse.

Nachdem die Meinungsäußerungen über das 25jährige Bestehen unseres Blattes und über die aus diesem Anlaß herausgegebene Jubiläumnummer als abgeschlossen betrachtet werden können, haben wir noch die in diesem Falle angenehme Aufgabe, unsern Kollegen über diese Meinungsäußerungen die bei solchen Anlässen übliche zusammenfassende Übersicht zu geben. Alle uns bekanntgewordenen Preßstimmen zeugen von dem freundschaftlichen Interesse, das unsere Bruderorgane im Auslande und die deutsche Arbeiterpresse an dem Jubiläum unseres Blattes nahmen, und von der guten Aufnahme, die unsere Jubiläumnummer allgemein gefunden hat.

Von der politischen Arbeiterpresse nahm der »Vorwärts«, Berliner Volksblatt und Zentralorgan des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung, von unserm Pressejubiläum Notiz. Er brachte in seiner Nr. 86 vom 12. April im gewerkschaftlichen Teil einen Artikel: »25 Jahre »Graphische Presse«, der wie folgt eingeleitet ist: »Die »Graphische Presse« ... bildete am 1. April auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß erschien die Nr. 14 in festlichem, zweifarbigem Gewande. Technisch und inhaltlich ist diese Jubiläumnummer recht gut ausgestattet.« Der »Vorwärts« gibt dann einen Überblick über den Inhalt der Jubiläumsausgabe, über die Entwicklung und den Ausbau unseres Blattes, um zum Schluß hervorzuheben: »Alles in allem ersieht man, daß diese Verbandszeitung eine ganz bedeutsame Entwicklungsgeschichte durchgemacht hat und stets bestrebt war, den Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufsgenossen die rauhen Wege auf gewerkschaftlichem Boden zu

ebnen. Möge ihr das in Zukunft noch mehr gelingen zum Nutzen des ganzen graphischen Gewerbes.«

Von sonstigen Preßstimmen der politischen Tagespresse der modernen Arbeiterbewegung ist uns nur noch ein Artikel des »Volksblattes« in Saalfeld zu Gesicht gekommen, das bereits in seiner Nr. 81 vom 8. April mitteilte: »Die »Graphische Presse« ... hat gelegentlich des 25jährigen Bestehens eine Jubiläumnummer erscheinen lassen, welche einen sehr guten Eindruck macht.« Nach einigen Daten aus der Geschichte unseres Blattes wird gesagt: »Das beste Lob für die »Graphische Presse« dürfte wohl sein, daß der Haß der Unternehmer gegen das Organ ein großer ist. Der schnelle Direktor einer lithographischen Kunstanstalt ließ sich zu dem Ausspruch hinreißen: »Die »Graphische Presse« ist das größte Hitzblitz; lieber sollten die Arbeiter noch die sozialdemokratische Presse lesen.« Diesen Ausspruch sollten sich die Lithographen und Steindruker ganz besonders zu Herzen nehmen ... Die Parteipresse müßte eigentlich jeder Arbeiter, ob er Lithograph oder Steindruker ist, abonnieren ... Das sollte die schönste Jubiläumsfeier werden ...«

Von der gewerkschaftlichen Arbeiterpresse schrieb das »Korrespondenzblatt«, unser gewerkschaftliches Zentralorgan, in seiner Nr. 15 vom 12. April u. a. folgendes über das Jubiläum: »Die »Graphische Presse« ... konnte am 1. April auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. In einer typographisch wie inhaltlich vornehm ausgestatteten Jubiläumnummer gibt das Blatt ein Resümee seiner eigenen Entwicklung, die mit der des Verbandes natürlich eng zusammenfällt. Hermann Müller schreibt über die »Vorläufer der Graphischen Presse, einen interessanten Beitrag, der die zünftlerischen Anschauungen, die früher in den Kreisen der Berufskollegen herrschten, wieder ans Tageslicht bringt ... Die (bei der Gründung der »Gr. Pr.«) zu überwindenden Schwierigkeiten schildert Conrad Müller in einem kurzen Artikel ... Über die »Graphische Presse« als Verbandsorgan schreibt Paul Barthel, der jetzige Redakteur des Blattes, der auch seiner Vorgänger in der Redaktion gedenkt. Auch die übrigen Beiträge sind recht lesenswert.«

Von den Organen unserer graphischen Bruderverbände in Deutschland haben die Gewerkschaftszeitungen des Buchdrucker-, des Druckereihilfsarbeiter-, des Notenstecher- und des Xylographenverbandes von dem Jubiläum Notiz genommen. Der »Korrespondent« der Buchdrucker schrieb dazu in seiner Nr. 41 vom 10. April: »Am 1. April d. J. konnte das Verbandsorgan der Lithographen und Steindruker, die »Graphische Presse«, auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. In einer inhaltlich wie technisch gut ausgestatteten Festnummer gibt die Redaktion ihren Lesern und Freunden davon Kenntnis und bringt darin gleichzeitig sehr beachtenswerte und lehrreiche Rückblicke auf die Entwicklungsgeschichte des Blattes wie der Organisation unsrer Schwäger vom Steine. Alle Schwierigkeiten in Betracht gezogen, die überhaupt keiner Arbeiterorganisation und ihren Vorkämpfern erspart bleiben, können wir Buchdrucker dem Jubilare zum Abschlusse des ersten Vierteljahrhunderts seines Bestehens nur die besten Glückwünsche darbringen. Möge es seiner Redaktion in Zukunft wie bisher und besonders wie in den letzten Jahren vergönnt sein, dem Verbandsorgan der Lithographen und Steindruker die rauhen Wege auf gewerkschaftlichem Boden zu ebnen, zum Nutzen des Steindruckergewerbes und der mit ihm am nächsten verwandten graphischen Nebenweige.«

Die »Solidarität« des Druckereihilfsarbeiterverbandes schrieb in ihrer Nr. 16 vom 19. April: »Die »Graphische Presse« konnte am 1. April d. J. ein Jubiläum feiern. Sie bildete auf ein 25jähriges Bestehen zurück und hatte aus diesem Anlaß ein festliches Gewand angelegt. Die Jubiläumnummer, technisch und inhaltlich gut ausgestattet, brach auf der Titelseite ein Gedicht ihres Redakteurs Barthel, in dem der Wert und die Bedeutung des Organs für den Verband der Lithographen und Steindruker ins rechte Licht gerückt wurde. Mehrere sehr beachtenswerte Artikel berichteten von dem Entstehen und der Geschichte des Blattes, gaben auch Kenntnis von den Schwierigkeiten, die die Zeitung und die Organisation im Kampfe mit den halstarrigen Unternehmern zu überwinden hatten. Ein Vierteljahrhundert rühriger Arbeit hat einem Teile der Arbeiter im graphischen Gewerbe gute Erfolge gebracht und die »Graphische Presse« hat ihr redlich Teil dazu beigetragen, das muß allseitig anerkannt werden und darüber freuen auch wir uns wie alle Freunde der Arbeiterbewegung. Das Organ ist stets das gewesen, was es für die Mitglieder sein muß: ein guter Führer und Berater. Wir bringen dem uns nahestehenden Organ unseren aufrichtigen Glückwunsch dar. Möge es auch fernerhin alle aufgewandten Mühen gut belohnt sehen und seinen Dank finden in dem erfolgreichen Wirken für die Mitglieder des Steindruckergewerbes. Es ist so für alle Arbeiter im graphischen Gewerbe ein Heller und Förderer ihrer guten Sache.«

»Der Notenstecher« des Notenstecherverbandes brachte aus Anlaß des Jubiläums in seiner Nr. 4 vom 26. April den Hinweis: »Die »Graphische Presse«, Organ des Verbandes der Lithographen und Steindruker, konnte am 1. April auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Glückauf zum zweiten Vierteljahrhundert!«

Die »Zeitschrift für Xylographen« endlich unterrichtete ihre Leser von dem Jubiläum und dem Entwicklungsgange unseres Blattes durch die vollinhaltliche Übernahme des im »Vorwärts« erschienenen Artikels in ihre Nr. 9 vom 1. Mai unter der Überschrift: »25 Jahre Gewerkschaftszeitung.«

Außer den Hinweisen in den uns besonders nahestehenden Organen der graphischen Verbände fanden wir in der deutschen Gewerkschaftspresse noch redaktionelle Notizen über das Jubiläum in den Blättern der Lederarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter und Maler. Die »Lederarbeiter-Zeitung« wies in ihrer Nr. 15 vom 11. April auf das »Zeitungs-jubiläum des Verbandes der Lithographen und Steindruker« wie folgt hin: »Die »Graphische Presse« konnte am 1. April auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurückblicken, das Geburtsjahr dieses Gewerkschaftsblattes fällt also in die Zeit des Ausnahmegesetzes. Conrad Müller gründete das Blatt, um die mehr und mehr merkbare werdenden Organisationsbestrebungen seiner Berufsgenossen zu fördern. Um die 1890 erfolgte Verbandsgründung hat sich so die »Graphische Presse« außerordentlich verdient gemacht, in seinem Festgedicht hebt der gegenwärtige Redakteur dieses Verdienst auch gebührend hervor:

In blanker Brünne, starker Wehr, voll Mut und Selbstvertrauen,

So zwangst du das versprengte Heer, auf dein Panzer zu schauen.

Und du verbandest Hand mit Hand, der Einigkeit ein Mahner!

So wurdest du für den Verband ein wackrer Wegebahner.

Die aus Anlaß des Jubiläums herausgegebene Festnummer ist sinnreich und geschmackvoll ausgestattet, wie das ja von Fachleuten erwartet werden kann.«

Die »Metallarbeiter-Zeitung« bespricht in ihrer Abhandlung über das Jubiläum unseres Organs in Nr. 16 vom 19. April besonders eingehend die Vorläufer der »Gr. Pr.« und unserer Organisation auf Grund des Artikels von Hermann Müller in der Jubiläumnummer, um dann kurz auf unsern Verband und sein Organ hinzuweisen: »... Allmählich bildeten sich jedoch Fachvereine und am 1. April 1888 gründete Conrad Müller in Schkeuditz die Graphische Presse, die vierzehntägig erschien. Durch diese gewannen die Fachvereine Führung untereinander und 1889 und 1890 fanden Kongresse statt, die sich mit der Zentralisation beschäftigten. 1891 erschien das Blatt monatlich dreimal und vom 1. April 1893 an wöchentlich. 1902 wurde das Blatt vom Verband der Lithographen und Steindruker übernommen; es erschien damals in 8400 Exemplaren. Die Auflage ist dann im Laufe der Zeit auf 20500 gestiegen. In einer Festnummer wird das Jubiläum des Blattes gefeiert.«

In einer längeren Notiz behandelt auch die »Holzarbeiter-Zeitung« in ihrer Nr. 16 vom 19. April das 25jährige Bestehen unseres Blattes: »Die »Graphische Presse« ... hat ihre Nr. 14 in schöner Ausstattung als Festnummer herausgebracht. Sie feiert ihr 25jähriges Jubiläum. Am 1. April 1888 ist das unter schwierigen Verhältnissen gegründete Blatt zum ersten Male erschienen.« Nun folgt ebenfalls ein Rückblick auf die Vorläufer der »Gr. Pr.« und auf ihre Begründung und Entwicklung, und zum Schluß sagt das Organ des Holzarbeiterverbandes: »Anlässlich ihres Jubiläums wünschen wir der »Graphischen Presse« und dem Verband, dessen Interessen sie vertritt, eine glückliche Weiterentwicklung.«

Der »Vereinsanzeiger« des Malerverbandes endlich brachte in seiner Nr. 16 vom 19. April folgende Notiz: »Die »Graphische Presse« ... konnte am 1. April d. J. auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. In einer inhaltlich wie technisch gut ausgestatteten Festnummer gibt die Redaktion den Verbandsmitgliedern und Freunden davon Kenntnis und bringt darin gleichzeitig sehr beachtenswerte und lehrreiche Rückblicke auf den Entwicklungsgang des Organs wie der Organisation der Lithographen, Steindruker u. v. B.«

Unter den Organen unserer ausländischen Bruderverbände haben die »Neuen Graphischen Nachrichten« des österreichischen Senefelderbundes, unseres Verbündeten, des Jubiläums besonders ausführlich gedacht. Sie enthielten in ihrer Nr. 9 vom 1. Mai einen längeren Artikel mit der Überschrift »Ein Jubiläum« und mit folgender Einleitung: »In festlichem Gewande ist am 1. April die »Graphische Presse«, das Verbandsorgan unserer deutschen Kollegen, erschienen. Sie hatte Ursache, sich festlich zu schmücken, denn es sind fünfundzwanzig Jahre seit ihrer Gründung verfloßen. Fünfundzwanzig Jahre war sie der Rufer und Warner im Streit, fünfundzwanzig Jahre war sie der Lehrer der Kollegen.« Einem Hinweis auf ihre Gründung in schwerer Zeit folgt eine Schilderung ihrer Entwicklung und Geschichte: »Die Saat, die die »Graphische Presse« ausstreute, ging auf ... in der Auflageziffer des Blattes spiegelt sich das Wachstum unserer deutschen Bruderorganisation wieder.« Nach einem Hinweis auf die Blätter, die in der »Gr. Pr.« aufgingen, ferner auf die »Graphische Rundschau«, die »Graphische Jugend« und die Vorläufer unseres Blattes schließt der Artikel wie folgt: »Die »Graphische Presse« ist einen anderen Weg (als diese Vorläufer) gegangen. Sie ging aufwärts. Nicht nur in der Auflage, sondern auch im Inhalt. Heute kann sich kein Mensch unsere deutschen Kollegen ohne ihr Fachblatt denken. Und kein

deutscher Lithograph und Steindruck, aber auch kein Prinzipal vermag sich ihres Einflusses zu entziehen. Sie hatte kein leichtes Gebiet zu beackern. Vorurteile aller Art gab es in dem graphischen Beruf zu überwinden. Sie hat diese Arbeit geleistet. Daß die Organisation unserer deutschen Kollegen so groß ist und daß diese Organisation unbeirrt ihren Weg mit den klassenbewußten Arbeitern geht, das ist nicht zum wenigsten der Arbeit der 'Graphischen Presse' zu danken. Möge sie so weiter wirken. Wir entbleten dem Jubilar unseren Gruß in treuer Waffenbrüderschaft.

Auch die 'Litografia' unseres Bruderverbandes in Ungarn unterrichtete ihre Leser von dem Jubiläum, indem sie den schon erwähnten Artikel des 'Vorwärts' in ihre Nr. 8 vom 24. April übernahm.

Das Gleiche ist vom 'Senefelders', dem Organ unseres schweizerischen Bruderverbandes, zu berichten, wo der Artikel in Nr. 17 vom 25. April erschien.

Ferner hat auch 'Norsk Litografia', das Organ unseres norwegischen Bruderverbandes, in seinem Aprilheft des 25jährigen Bestehens und Wirkens der 'Gr. Pr.' als des 'ältesten gewerkschaftlichen Fachblattes im lithographischen und chemographischen Fach' gedacht, die Jubiläum herzlich beglückwünscht und außerdem hervorgehoben: 'Die herausgegebene Jubiläumnummer ist sorglich und schmuck ausgestattet.'

Endlich ist von der Presse unserer ausländischen Bruderverbände noch das Organ für die Interessen der Bucharbeiter in den russischen Ostseeprovinzen 'Neuer Baltischer Bucharbeiter' zu nennen, das in seiner Nr. 3 vom 24. April (7. Mai) folgendes schrieb: 'Die "Graphische Presse" ... befragt am 1. April (19. März) das Fest ihres 25jährigen Bestehens, zu welchem sie im Festgewande erschien. Aus kleinen Anfängen — bei ihrem ins Leben treten war auch in Deutschland von einer Organisation der Lithographen und Steindrucker kaum zu reden und mußte sie den Kampf gegen drei Seiten führen: gegen Ausbeutung und Unterdrückung, den Unverstand der Massen und um die eigene Existenz — hat sie sich im Laufe dieser 25 Jahre zu einer achtunggebietenden Macht entwickelt. Daß die Organisation der deutschen Lithographen und Steindrucker heute so groß dasteht und stets ihren Weg mit den klassenbewußten Arbeitern geht, ist nicht zum wenigsten der Arbeit der 'Graphischen Presse' zu danken, wie es die deutsche Gewerkschaftspresse hervorhebt. Auch wir entbleiten hiermit der Jubiläum unsern Glückwunsch.'

Auch zwei deutsche Fachzeitschriften haben von dem 25jährigen Bestehen unseres Blattes Notiz genommen: In Nr. 34 des 'Allgemeinen Anzeigers für Druckereien' vom 29. April fanden wir den vorhin erwähnten 'Vorwärts'-Artikel, freilich ohne den von uns zitierten Schluß. Und die Zeitschrift 'Deutscher Buch- und Steindruck' brachte in ihrem Aprilheft eine Notiz, in der u. a. gesagt wird: 'Die Graphische Presse, das Verbandsorgan der Litho-, Photo- und Chemigraphen, der Steindrucker usw., erschien am 1. April in festlichem Gewande: braun gerahmt, mit den Emblemen der graphischen Sparten geschmückt und mit geschriebenen Überschriften. Anlaß war die fünfzigste Wiederkehr des Tages, an dem die erste Nummer dieses Fachblattes erschien.' Ferner heißt es nach der Wiedergabe einiger geschichtlicher Daten und einigen Andeutungen über den Inhalt der Jubiläumnummer: 'In dieser Hinsicht ist das Blatt recht interessant, und es ist viel fachgeschichtliches Material niedergelegt.' Die jetzige Auflage der 'Gr. Pr.' gibt die Notiz mit 17 000 um 3500 Exemplare zu niedrig an.

Weitere Berichte über das Jubiläum der 'Gr. Pr.' und die Jubiläumnummer kamen uns nicht zu Gesicht. Wir danken noch allen befreundeten Organen für die unserem Blatte aus Anlaß des Jubiläums ausgesprochenen Glückwünsche und hoffen, daß wir mit ihnen stets in treuer Waffenbrüderschaft verbunden bleiben möchten.

Ortsberichte.

Dortmund. Unsere Zahistelle sieht sich gezwungen, alle Kollegen über die jetzigen Verhältnisse in der Firma *Fr. Wilhelm Ruhfus in Dortmund* zu unterrichten, um sie vor einem Hereinfall zu bewahren. In dieser Firma wurde, ohne daß die Kollegen gefragt worden sind, eine neue Arbeitsordnung eingeführt, die einer Zutrittsordnung gleich kommt. Sie bestimmt u. a.:

1. Die Arbeitszeit ist eine durchgehende, für Chemigraphen und Lithographen 8 1/2 Stunden, für Steindrucker 9 1/2 Stunden inkl. Pausen (morgens 1/4 und mittags 1/2 Stunde); während dieser Pausen ist es verboten, das Geschäft zu verlassen. Als einige Kollegen ein nebenan gelegenes Hospitz zum Mittagessen ausweichen wollten, wurde es ihnen verboten; sie sind hierdurch gezwungen, das, was sie sich zum Mittagessen mitbringen, an ihren Arbeitsplätzen zu verzehren, da weder eine Kantine noch ein Speiseraum vorhanden ist. — 2. Für Zuspätkommen und Fehlen ohne Entschuldigung werden bei Ausfall des Lohnes Strafen bis zur Höhe eines Tagelohnes verhängt. — 3. Das Schmieren sowie Herrichten der Maschinen zum Druck hat vor Beginn der Arbeitszeit zu geschehen (wird aber nicht gemacht!). — Da nun die Firma nach dem Vorstell-

werden des Gauleiters auch keine Änderungen treffen will, müssen wir alle Kollegen bitten, uns in der Abwehr der rigorosen Maßnahmen der Firma zu unterstützen, indem Angebote nicht berücksichtigt werden. Diesem Herrenmenschen muß gezeigt werden, daß die Arbeiter keine Leibelgene sind. Auskunft für Dortmund erteilt *Chr. Kortekamp, Dortmund, Balkenstr. 6.*

Schwenningen i. W. O. Schwarzwald, o. Helmat, wie bist du so schön! Wenn über den Schwarzwald Irgendetwas geschrieben wird, so ist es vor allen Dingen seine Schönheit, die man dabei verherrlicht. Mander Kollege, der schon im Schwarzwald in Stellung war, hatte aber auch Gelegenheit, die häßliche Kehrseite der schönen Medaille kennen zu lernen; 10stündige Arbeitszeit, niedriger Lohn, Kontrollrollen und Kontrollmarken, keine Prozentzuschläge für Überstunden usw., das sind die traurigen Arbeitsverhältnisse in dieser schönen Gegend! Der Hauptbetriebszweig sind die Uhren- und Metallwarenfabriken, in denen oder für die unsere Kollegen mit der Herstellung von Zifferblättern, Skalen usw. beschäftigt werden. Wir stehen sowohl im badischen, besonders aber im württembergischen Schwarzwald einem ganz extremen und protzenhaften Unternehmertum gegenüber. Verschiedene von ihnen, die vor 20 bis 30 Jahren noch selbst den Arbeitsmittel trugen, haben es heute zu Millionären gebracht, ein Beweis, mit welcher Intensität die Arbeitskraft der Arbeiter ausgebeutet worden ist. Es wird höchste Zeit, daß die Kollegen im Schwarzwald erwachen, sich auf die Kraft der Einigkeit und organisatorischen Geschlossenheit besinnen und für eine Hebung ihrer gegen das übrige Deutschland durhaus rückständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. Wir möchten aber auch jeden Kollegen bitten, keine Stellung im Schwarzwalde anzunehmen, zum mindesten jedoch stets genaue Erkundigungen einzuziehen. Ebenso bitten wir die Verbandsleitung, ihr Augenmerk mehr als bisher auf den Schwarzwald und seine Kunststempel zu richten.



Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

Zur Hilfsarbeiterfrage.

Schon wiederholt sind in den Spalten der 'Gr. Pr.' die Kollegen darauf hingewiesen worden, daß nur eine gerechte Behandlung des Hilfspersonals der Würde eines organisierten Arbeiters entspricht. Doch all jene Rufe, die Besserdenkende an ihre Arbeitsbrüder richteten, werden nutzlos in den Wind verhallen, wenn nicht diejenigen, die sich eins mit den Verfassern jener Artikel fühlen, selbst mit Hand ans Werk legen. Es kann nie, nie besser werden, wenn zwar mander Kollege im Herzen den Verfassern in allem recht gibt, seine Stellungnahme zu jener Frage aber niemals offen zu bekunden wagt. Die Kollegen, welche ihr Hilfspersonal in einer oft geradezu unerhörten Art und Weise behandeln, müssen von ihren Mitarbeitern auf das Unwürdige ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht und in ganz energischer Weise an ihre Pflichten gegenüber den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen erinnert werden. Gerade derartige Kollegen halten es in den weitaus meisten Fällen nicht für nötig, einmal einen Blick in ihr Verbandsorgan zu tun. Glauben sie, schon zu geschweh zu sein, oder befürchten sie, mit Wissen nur unnötig ihren Kopf zu beschweren? Werden solche Kollegen, die jene Artikel eben gar nicht lesen, nicht von ihren Kollegen immer und immer wieder ermahnt, ihr Hilfspersonal besser zu behandeln, so ist alle Mühe vergebens.

Leder haben aber nun, wie schon oben gesagt, so viele unserer Kollegen gar nicht den Mut, für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen einzutreten. Sind solche Kollegen Feiglinge oder halten sie aus irgendwelchen andern Gründen lieber den Mund, statt offen für die Unterdrückten einzutreten? Welche Gründe könnten es sein, die die Kollegen zurückhalten, das Hilfspersonal zu verteidigen? Ich glaube, am meisten fürchten sie den Spott. Wagt es wirklich einmal einer, gegen das anmaßende Benehmen mancher Kollegen gegenüber dem Hilfspersonal aufzutreten, so wird er mitunter so verspottet und in einer Art und Weise mit den unfähigsten Redensarten überschüttet, daß ihm alle Lust vergeht, ein zweitesmal die Rolle des Verteidigers zu übernehmen. Oft wird aber auch der Kollege, der sich des Hilfspersonals annimmt, von seinen Mitarbeitern gar nicht mehr beachtet und sozusagen beseitigt geschoben. Sollte das Hilfspersonal auf einer so niedrigen Stufe stehen, daß die Berührung mit ihm beschmutzt? Ich habe konstatierten müssen, daß in manchen Fällen der Hilfsarbeiter höher stand, als der Kollege, der sich ihm gegenüber ein Benehmen anmaßte, das jeder Beschreibung spottete. Doch nicht nur das männliche Hilfspersonal ist geistig oft sehr gewek, auch unter den ArbeiterInnen habe ich viele getroffen, die, obwohl sie abends noch häusliche Arbeiten zu verrichten hatten, nicht nur die Versammlungen ihrer Gewerkschaft, sondern auch die Parteiversammlungen fast regelmäßig besuchten. In den Pausen lassen

sie meist auch in der Arbeiterpresse oder einem guten Buch, während unsere Kollegen in dieser Zeit sich allerhand Witze erzählen oder sonst in 'gemütlicher' Weise die Zeit verbrachten.

Auf der anderen Seite gebe ich zu, daß oft auch das Hilfspersonal selbst an solchen Zuständen mit Schuld ist. Kein Mensch wird es einem Kollegen, der durch das ein wenig dreiste Benehmen mancher Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen gereizt wurde, übelnehmen, wenn sein Temperament ihn zu einer Unbedachtsamkeit hinreißt. Durch die anstrengende Arbeit an den Maschinen sind viele Kollegen so nervös geworden, daß schon der geringste Anlaß sie zum 'Steigen' bringen kann. Doch bei einigermaßen gutem Willen bekommt es wohl ein jeder fertig, mit seinem Hilfspersonal in gutem Einvernehmen zu arbeiten.

Bei solchen Verhältnissen, wie sie jetzt an manchen Orten bestehen, ist eine Agitation unter den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen einfach unmöglich. Wir werden erst dann zu befriedigender Resultaten in der Agitation gelangen, wenn das Hilfspersonal sieht, daß unsere organisierten Kollegen die Hilfsarbeiter als gleichwertig und gleichberechtigt ansehen. Vor allen Dingen ist es auch nötig, daß die Kollegen lernen, die ArbeiterInnen höher einzuschätzen, die wohl in vielen Betrieben relativ am stärksten vertreten sind und deshalb in erster Linie in Frage kommen. Wer einmal die von der Gewerkschaft oder der Partei, von manchen Museumsleitungen oder auch von bürgerlichen Volksbildungsvereinen usw. veranstalteten Vortragszyklen besucht hat — die Kurse der Museumsleitungen und bürgerlichen Volksbildungsvereine sind allerdings nur Arbeitern zu empfehlen, die schon eine gewisse Vorschule genossen haben und die Spreu vom Weizen zu sondern wissen —, der wird gesehen haben, mit welcher Mühe und Geduld oft tagsüber schwer arbeitende Frauen und Mädchen versuchen, in ihnen bis dahin vollständig fremde Wissensgebiete einzudringen. Wer gelernt hat, in solchen Kursen das Weib als intelligent und wissensdurstig zu schätzen, der wird ihm auch außerhalb des Lehrsaales die Achtung nicht versagen, die ihm gebührt.

Mit Bedauern muß ich jedoch feststellen, daß zwar im allgemeinen die Arbeiter der polygraphischen Berufe verhältnismäßig den größten Wissensdrang zeigen, unter ihnen aber die Steindrucker sehr selten vertreten sind. Kollegen, raft ich einmal auf und opfert des Abends einige Stunden, um euer Wissen zu bereichern und eure Bildung zu vervollkommen; ihr werdet dann mit viel klareren Augen in die Welt blicken und ihr werdet lernen, die, welche gleich euch des Tages über in harter Arbeit fronen müssen, gleich welchen Geschlechtes sie sind, als gleichwertige Kampfgenossen zu schätzen.

Ein Organ, das unser Wissen systematisch bereichert und uns weiterbildet, sollte nun eigentlich auch unsere Gewerkschaftspresse sein. Leider muß ich auch hier konstatieren, daß nicht in allen Fällen unser Verbandsorgan seine Schuldigkeit tut. In Nr. 12 erschien im Feuilleton ein Gedicht: 'Auch ein Frühlingslied.' War es durhaus nötig, daß ein solches 'Dichterwerk' unsere Presse 'schmücken' mußte? Ich glaube, mancher denkende Kollege wird den Kopf geschüttelt haben, als er gleich darunter — o Ironie des Schicksals — einen Gedankenartikel zu Friedrich Hebbels hundertsten Geburtstag fand. Also auch hier heißt es, den Hebel anzusetzen und zu versuchen, daß unsere Presse ein Organ wird, welches die Kollegen wirklich bildet und nur gutes bringt. —

Anmerkung. Wal dem einen ein Uhl, ist dem andern ein Nachtigall. Über den im letzten Absatz des vorstehenden Artikels geäußerten Einspruch gegen ein im Feuilleton erschienenen Gedicht wollen wir daher mit dem Kollegen E.-I. nicht rechten. Es stammt von einem Kollegen, der ununterbrochen und mit ebenso erstem Eifer wie Kollege E.-I. an seiner geistigen Vervollkommnung arbeitet, dabei aber auch den Sinn für Humor nicht verloren hat. Übrigens hat ein gutes deutsches Gewerkschaftsblatt, 'Die Gewerkschaft' des Gemeindegewerkschaftsverbandes, das Gedichtchen sogar des Nachdrucks für wert gehalten, ein Beweis, daß man es auch anders einschätzen kann als der Kollege E.-I. — Die Hilfsarbeiterfrage betreffende Ausführungen des Kollegen E.-I. unterschreiben wir und empfehlen sie dringend der Beachtung aller Mitglieder. — Die Redaktion.

Wenn ein einzelner einem anderen körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zuzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im voraus wußte, daß der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen, unaufrührlichen Tode verfallen ... ist das so gut Mord, wie die Tat des einzelnen, nur versteckter, heimtückischer Mord, ein Mord, gegen den sich niemand wehren kann, der kein Mord zu sein scheint, weil man den Mörder nicht sieht, weil alle und auch wieder niemand dieser Mörder ist, weil der Tod des Schichtproleten wie ein natürlicher aussieht. .. Engels.

